

Tätigkeitsbericht

Hauptversammlung

25. März 2003

Liebe Kolleginnen
Liebe Kollegen

1. Personelles im PVL

Fritz Wohlwend

Aufgrund der Statuten, wird anlässlich der Hauptversammlung jeweils ein Teil des Vorstandes neu besetzt. Dadurch sind jährlich Ersatz- bzw. Bestäti-

gungswahlen nötig. Anlässlich der Jahresversammlung 2002 im Restaurant Au in Vaduz wurde der Vorstand wie folgt bestellt:

Vorstand:		
Funktion	Name	Arbeitsstelle
Präsident:	Fritz Wohlwend	c/o Schulamt
Vizepräsident:	Roland Walser *)	c/o Motorfahrzeugkontrolle
Kassier:	Gebhard Marxer	c/o Gde. Mauren
Schriftführerin:	Dr. Beatrix Schubert	c/o Amt für Finanzdienstl.
Beisitzer:	Michael Beck	c/o Landespolizei
	Uwe Hoop	c/o Liegenschaftsverwaltung
	Markus Kindle	c/o Landespolizei

*) Leider konnte bis zur Hauptversammlung 2002 kein Ersatzmitglied für den auscheidenden Vicepräsidenten, Roland Walser gefunden werden. Roland hat sich verdankenswerter Weise noch bereit erklärt bis zur Neubesetzung das Amt weiter zu führen – besten Dank.

2. RUND UM DEN VERBAND

Fritz Wohlwend

Mit der Hauptversammlung vom 21. März 2002, starteten wir ins neue Verbandsjahr. Aufgrund der sehr geringen Beteiligung an der Hauptversammlung 2002 hat der Vorstand in seiner ersten Sitzung beschlossen eine Mitgliederwerbung durchzuführen. Diese Aktion ist sehr gut angekommen und hat dem Verband insgesamt 30 neue Mitglieder gebracht. Mit dem neuen Kassier wurde auch der Einzug des Mitgliederbeitrages modernisiert. Wie vielfach üblich hat auch diese Umstellung mehr Zeit in Anspruch genommen als erwartet, was schlussendlich dazu geführt hat, dass die Beitragsrechnungen etwas verspätet verschickt wurden. Dafür ist aber auch Gewähr gegeben, dass der Eingang der Mitgliederbeiträge mit weniger Aufwand als bisher kontrolliert und wenn nötig das Mahnwesen vereinfacht abgewickelt werden kann. Aufgrund der Rechnungsstellung haben sich auch einige Mitglieder gemeldet, welche in Folge Erreichung des Pensionsalters aus dem Verband ausgetreten sind. Wir danken diesen Mitgliedern für ihre treue Mitgliedschaft und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Nachdem die Lunch-Checks im Jahre 2001 für die Mitarbeitenden der Landesverwaltung eingeführt werden konnte, hat der Vorstand des PVL auch ein entsprechendes Gesuch an die Vorsteherkonferenz gestellt, so dass die Gemeindebediensteten auch in den Genuss dieser Vergünstigungen kommen sollten. Die Stellungnahme

der Gemeindevorsteherkonferenz konnte diesem Vorschlag nicht zustimmen und hat uns mitgeteilt, dass aus „grundsätzlichen Überlegungen“ eine Abgabe von Lunch-Checks an die Gemeindebediensteten nicht befürwortet werde.

Der Personalverband öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins ist in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen tätig. Für die Mitarbeit in diesen Kommission sind wir auf die aktive Mitarbeit unserer Mitglieder angewiesen. Die Amtsperiode der Arbeitsgruppe Gleichstellung für Mann und Frau ist abgelaufen und eine Neubesetzung erforderlich. Unsere bisherige Vertreterin, Frau Monika Lang-Plüss findet leider keine Zeit mehr, in dieser Arbeitsgruppe den PVL zu vertreten. Als neue Vertreterin hat sich Frau Barbara Ospelt-Geiger zur Verfügung gestellt. Wir danken für die Bereitschaft zur Mitarbeit.

Etwas schwierig hat sich nach dem Austritt von Roland Walser aus dem Vorstand, die Suche nach einem neuen Vize-Präsidenten gestaltet. Seine Zusage, sich so lange noch zur Verfügung zu stellen, bis Ersatz für ihn gefunden sei, hat ein zusätzliches Jahr Vorstandsarbeit für ihn bedeutet. Vielen Dank Roland für deinen Einsatz für den PVL. Aber auch hier können wir anlässlich der Hauptversammlung 2003 Positives berichten. Wir können der Hauptversammlung Frau Dr. Beatrix Schubert, bisher als Schriftführerin im Vorstand tätig als neue Vize-Präsidentin vorschlagen. An ihre Stelle als Schriftführerin hat sich Frau Conny

Bühler, Mitarbeiterin bei der Landespolizei, zur Mitarbeit bereit erklärt. Gerne schlagen wir auch Frau Bühler der Hauptversammlung zur Wahl vor.

3. Besoldungsgesetz

Roland Walser

An der Gesetzesvorlage zum neuen Besoldungsgesetz wurde im letzten Jahr keine schwerwiegenden Änderungen mehr vorgenommen.

Aktueller Stand

Nachdem die Regierung den Bericht und Antrag zur Abänderung des Besoldungsgesetzes dem Landtag übergeben hatte, fand nun im März-Landtag die erste Lesung statt.

Die grundsätzliche Stossrichtung, statt starrer Automatismen verstärkt die Leistung zu berücksichtigen, wurde vom Landtag positiv beurteilt.

Was jedoch wiederholt von den Landtagsabgeordneten Adrian Hasler und Markus Büchel kritisiert wurde, ist die Beibehaltung des Teuerungsausgleichs. Dieser sei, so der Abgeordnete Hasler, „nicht mehr zeitgemäss“ und sollte von der Entlohnung gestrichen werden. Diese Auffassung wurde wiederum von Abgeordneten aller drei Parteien in Frage gestellt.

Tatsache ist, dass ein Teuerungsausgleich auf die Grundbesoldung lediglich die Kaufkraft des Grundgehalts sichert und so verhindert, dass Personen, die am Ende ihrer Lohnklasse angelangt sind, Einbussen in der Kauf-

kraft ihrer Grundbesoldung hinnehmen müssen.

Der Personalverband hat im Vorfeld Regierungschef Otmar Hasler nochmals schriftlich mitgeteilt, dass die Angestellten der Landesverwaltung für eine Streichung des Teuerungsausgleichs aus dem Besoldungsgesetz kein Verständnis hätten. Der Personalverband hat Regierungschef Otmar Hasler aufgefordert, im Landtag für eine Beibehaltung des Teuerungsausgleichs zu argumentieren. Hierzu hat der Personalverband und das Amt für Personal und Organisation eine ausführliche Liste mit Argumenten der Regierung gestellt.

Wenig Verständnis hatten mehrere Abgeordnete auch dafür, dass Angestellte der Landespolizei sowie Lehrerinnen und Lehrer nicht unter das neue Besoldungssystem der Landesverwaltung fallen sollen. Die Abgeordnete Ingrid Hassler-Gerner forderte gar die Regierung dazu auf, bis zur zweiten Lesung eine Stellungnahme in Bezug auf die Lohnregelung der Lehrkräfte vorzulegen.

Ein weiterer umstrittener Punkt war für den Abgeordneten Adrian Hasler auch die Einrichtung einer Schlichtungsstelle (Personalkommission), die paritätisch aus Vertretern von Mitarbeitenden und des Arbeitgebers zusammengesetzt werden soll. Sowohl Regierungschef Otmar Hasler betonte die Wichtigkeit einer solchen Kommission als auch einige Abgeordnete argumentierten gegen den Vorschlag des Abgeordneten Hasler.

Es bleibt zu hoffen, dass die Kritiker und Gegner der Besoldungsrevision in der Minderheit bleiben und der Antrag zur Besoldungsrevision in unveränderter Form verabschiedet wird.

4. Arbeitsgruppe „Sexuelle Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz“

Uwe Hoop

Der Begriff "Sexuelle Belästigung und Mobbing" beschreibt negative kommunikative Handlungen, die gegen eine Person gerichtet sind und von einer oder mehreren Personen ausgehen. Die Problematik erstreckt sich oft über einen längeren Zeitraum und kennzeichnet eine Beziehung zwischen Täter(n) und Opfer(n). Damit dieser gesamte Themenkomplex einmal umfassend untersucht wird, wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe "Sexuelle Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz" einberufen. In dieser Arbeitsgruppe, wurde unter Einbezug von Frau Kurz Bettina, einer Spezialistin auf diesem Gebiet, ein Konzept erarbeitet! Dieses wird nun der Regierung vorgelegt, welche aus den daraus resultierenden Ergebnissen weiterführende Massnahmen ergreifen wird.

5. Parkraumbewirtschaftung

Markus Kindle

Die Arbeitsgruppe wurde beauftragt ein Parkraumbewirtschaftungskonzept für

die gesamte Landesverwaltung einschliesslich der Schulen zu erarbeiten und der Regierung vorzulegen. Die Kapazitäten der Strassen und der Parkräume stossen in unserem Land an die Grenzen. Liechtensteins Wirtschaft und Bevölkerung sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gewachsen. Der motorisierte Individualverkehr ist, was die Verkehrsmittelwahl für den Arbeitsweg betrifft, unangefochtener Spitzenreiter. Gemäss der Untersuchung „Pendlerverkehrsmodell Liechtenstein“ vom November 1998 verwenden 74 Prozent das Auto oder das Motorrad, um an ihren Arbeitsplatz in Liechtenstein zu kommen.

Wenn der knapp vorhandene Raum optimal und nachhaltig genutzt und die Umweltbelastung gesenkt werden soll, wird es früher oder später unumgänglich sein, echte Alternativen für den Individualverkehr zu Verfügung zu stellen. Das Ziel ist die Optimierung des Verkehrs. Anstatt die begrenzten Landesreserven für Parkplätze einzusetzen, sollte der knappe Raum künftig intelligenter und besser - etwa zum Wohnen, für die Freizeitgestaltung und für die Wirtschaft - eingesetzt werden.

Neben allgemeinen, umweltpolitischen Erwägungen spielen aber auch die Kosten eine Rolle. Jeder Parkplatz benötigt mit der dazugehörigen Verkehrsfläche rund 25m². Selbst ohne Berücksichtigung des Bodenpreises betragen die Baukosten pro Abstellplatz für Ausenanlagen rund CHF 5'000.--, für gedeckte und unterirdische zwischen CHF 20'000.-- und CHF 45'000.--. Die jährlichen Gesamtkosten bewegen sich

pro Parkplatz durchschnittlich zwischen CHF 1'000.-- und CHF 3'000.--.

Die Arbeitsgruppe ist sich dabei durchaus bewusst, dass eine Parkraumbewirtschaftung nur auf einem ausgewogenen Modell beruhen kann, mit welchen nach verschiedenen Kriterien unterschiedliche Situationen erfasst werden können.

Als erster Schritt soll daher im Frühjahr 2003 in der Landesverwaltung eine umfassende Umfrage zur Arbeitswegmobilität durchgeführt werden. Die Arbeitsgruppe hofft auf eine möglichst umfassende Teilnahme, da die Erarbeitung eines ausgewogenen Parkraumbewirtschaftungsmodells im Interesse aller ist.

6. Kommission Gleichstellung von Mann und Frau

Monika Lang-Plüss

Die Arbeitsgruppe (Bernadette Kubik-Risch, Vorsitz, Ludwig Frommelt, Monika Lang-Plüss, Personalverband, Leticia Meier, Michael Pattyn und Barbara Vogt) hat sich im vergangenen Jahr mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

Erarbeitung von Fragen zu den Themen Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Mobbing und allgemein zur Gleichstellung von Frau und Mann. Die Fragestellungen flossen in die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung im Rahmen des EFQM's mit ein.

Weiters war eine Bestandsaufnahme zur Gleichstellung von Frau und Mann, die als Semesterarbeit an einen Soziologiestudenten der Universität Bern vergeben wurde, Thema. Die Bestandsaufnahme ist noch nicht abgeschlossen.

Die Arbeitsgruppe gab im Juni 2002 eine gemeinsam erarbeitete Stellungnahme zum Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Besoldungsgesetzes ab.

Am 7. Juni 2002 wurde die Kindertagesstätte eröffnet. Die Arbeitsgruppe hatte dieses Projekt initiiert.

Ein letzter Schwerpunkt, der uns auch im Jahr 2003 beschäftigen wird, ist die Erstellung eines Arbeitsinstrumentes, um die „Umsetzung der Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in den der Regierung nachgeordneten Organen vom Mai 1998“ zu überprüfen.

7. Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung

Andreas Batliner

Die Regierung hat im Herbst 2001 die Weiterführung des Projekts beschlossen. Alle Amtsstellen wurden eingeladen, sich am Projekt zu beteiligen.

Die Berufsberatungsstelle, das Amt für Volkswirtschaft sowie das Schulamt nahmen an der zweiten Durchführungsrunde teil. Anfangs 2002 liessen sich 25 Mitarbeiter/-innen der Landesverwaltung zu TQM-Begleiter/-innen

ausbilden. Im Februar besuchten sieben weitere Mitarbeiter/-innen einen Wiederholungskurs. Einige dieser TQM-Begleiter/-innen führten die Erhebungen in den Amtsstellen durch. Die anderen nahmen an den Selbstbewertungs-Workshops der drei Amtsstellen im Mai und Juni teil. An diesen Workshops hielten die TQM-Begleiter/-innen die Stärken und Entwicklungspotentiale der Amtsstellen fest. Bis zum Oktober hatten die Amtsstellen dann Gelegenheit, Massnahmen gegen erkannte Schwachstellen zu suchen. Die Resultate stellten die Amtsleiter den teilnehmenden Amtsstellen im Oktober an einem gemeinsamen Workshop vor. Auch wurden amtsübergreifende Massnahmen diskutiert.

Folgende amtsübergreifenden Massnahmen wurden der Regierung vorgeschlagen und von dieser für die Umsetzung im Jahre 2003 bewilligt:

- Deregulierung und Delegation von Aufgaben (Auftrag an die Amtsstellen zur Ueberprüfung ihres Aufgabenbereichs in Bezug auf Notwendigkeit und Priorität sowie in Bezug auf die Delegation von weiteren Aufgaben von der Regierung an die Amtsstellen)
- Konzept für eine Personalentwicklung / Personalbedarfsrechnung (als Grundlage für eine künftige arbeitsmengen- oder arbeitsbelastungsbezogene Personalbedarfsrechnung).

Durchführung einer Mitarbeiterbefragung

Im Oktober 2002 wurde die im Herbst 2001 von der Regierung bewilligte Mitarbeiterumfrage durchgeführt. Von den über 800 angeschriebenen Personen haben etwas mehr als 30 % den Fragebogen retourniert. Die Projektgruppe wertete die Fragen zwischenzeitlich aus und verfasste einen Bericht. In absehbarer Zeit werden die Mitarbeiter/-innen über die Ergebnisse informiert.

Systematisierung und Optimierung der Geschäftsabläufe zwischen Regierung und Amtsstellen

Im Januar 2002 wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit der Thematik „Systematisierung und Optimierung der Geschäftsabläufe zwischen Regierung und Amtsstellen“ zu beschäftigen. Folgende Arbeiten konnten bereits umgesetzt bzw. angegangen werden:

Die Regierung legte in einem Schreiben folgende Grundsätze fest und differenziert dar:

- Absprachen über Ziele und Prioritäten (Jahresplanung);
- Bezeichnung von Ansprechpersonen in den Ressorts und Amtsstellen;
- Institutionalisiertes regelmässiges Gespräch;
- Bearbeitung von Ressortanträgen.

Ein Leitbild für die Landesverwaltung liegt im Entwurf vor.

Fortsetzung des TQM-Projekts

Um den Aufwand der Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell zu verringern,

wurde ein vereinfachtes Verfahren erarbeitet. In Zukunft werden interessierte Amtsstellen die Erhebung mittels eines Fragebogens durchführen können. Um dieses vereinfachte Verfahren zu prüfen und gegebenenfalls noch zu optimieren, werden im Jahre 2003 Pilotamtsstellen die Erhebung mittels Fragebogen durchführen. Danach werden alle Amtsstellen eingeladen, sich am Projekt zu beteiligen.

Begriffe:

TQM – Total Quality Management

EFQM – European Foundation of Quality Management

Dank

Für die engagierte Mitarbeit im abgelaufenen Verbandsjahr danke ich den Vorstandsmitgliedern sowie den Kolleginnen und Kollegen, welche sich für die Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen zur Verfügung stellen.

Dank auch den „guten Geistern“, welche im Hintergrund wertvolle Arbeit für uns erledigen.

Fritz Wohlwend
Präsident PVL

Vaduz, 25 März 2003